

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Samstag.
Bezugspreis monatlich 25 Pf., vierteljährlich 1.00 RM., jährlich 3.00 RM. In den Abbestellungsmonaten monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.02 RM. einschließlich Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Abbestellungspreis:
Die gewöhnliche Belegzeit 25 Pf., für auswärtig 30 Pf., die 2. gewöhnliche Belegzeit 40 Pf., für auswärtig 50 Pf. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 35

Danzig, Sonnabend den 1. September 1917

8. Jahrgang

Zimmer langsam voran!

Der Reichskanzler hat in seiner zweiten Hauptauschussrede am letzten Sonnabend gesagt, zu Scherzen habe er in seiner jetzigen Stellung weder Veranlassung noch Neigung. Man wird daher versuchen müssen, auch jene Bemerkung aus seiner ersten Rede ernst zu nehmen, in der er sagte, er könne nicht zugeben, daß unsere inneren Verhältnisse eine Ueberführung namentlich in der Kriegszeit erforderlich machten. Es ist das ein letzter und nur noch schwächlicher Versuch, sich gegen eine Entwicklung zu wehren, die

langst überfällig geworden

ist. Der Reichskanzler fühlt sich auf die Hand genommen und auf dem Wege dieser Entwicklung fortgezogen, er sträubt sich eigentlich auch gar nicht mehr, sondern er sagt nur: Kinder, um Gottes willen, immer langsam voran!

Man wird diese Neigung zum Wandlungsschritt aus seiner persönlichen Position leicht begreiflich finden. Denn Michaelis ist ja nicht gekommen, um die innere Revolutionierung Deutschlands vom Obrigkeitsstaat zum Parlamentarismus zu vollenden, sondern er ist dazu berufen worden, den Lauf der Dinge nach Möglichkeit zu bremsen und für das alte System zu erhalten, was eben noch zu erhalten ist. So haben wenigstens die Konservativen seine Mission aufgefaßt, und sie haben ihn mit großem Vertrauen empfangen.

Dieses Vertrauen scheint jedoch nicht ganz begründet zu sein. Michaelis ist zweifellos ein Mann von konservativer Grundrichtung. Aber der Hercules in konservativem Sinne, der den Kampf gegen das Weltungstüm Demokratie aufnehmen und erfolgreich durchführen könnte, ist er nicht. Für diesen Kampf wäre heute

kein starker Mann stark genug.

Michaelis ist aber bestimmt kein starker Mann. Bisher hat er sich noch nicht einmal als ein geschickter Mann erwiesen. Er will den notwendigen Gang der Dinge verkürzen, er ist aber auf dem besten Wege, ihn zu beschleunigen.

Mit der Bildung der „freien Kommission beim Reichskanzler“ wird nämlich der Wirrwarr unserer verfassungsrecht-

lichen Zustände in einer Weise vermehrt, daß binnen kürzester Zeit eine Lösung und Klärung zur unausweichlichen Notwendigkeit werden muß. Wie wenig sich der Reichskanzler selbst über das Wesen dieser neuen Einrichtung im Klaren ist, geht aus den verschwommenen und widerspruchsvollen Wendungen hervor, mit denen er sie angekündigt hat. In seiner ersten Erklärung legte er das größte Gewicht darauf, daß diese Kommission, die aus sieben Abgeordneten und sieben Bundesratsmitgliedern bestehen soll, nicht als Vertretung der Bundesregierungen und der Fraktionen aufzufassen sei. Nachdem man ihn aber in der Debatte auf die vollkommene Unmöglichkeit dieser Konstruktion aufmerksam gemacht hatte, vollzog er

eine vollständige Schwendung,

indem er es als geradezu selbstverständlich bezeichnete, daß die Abgeordneten als Vertreter ihrer Partei in die Kommission berufen werden sollten. Aber auch der Ausdruck „Berufung“ enthält noch eine Ungenauigkeit, denn tatsächlich sind die Abgeordneten-Mitglieder der Kommission nicht vom Reichskanzler berufen oder ernannt, sondern von ihren Fraktionen gewählt worden.

Am Dienstag ist die erste Probe mit der neuen Einrichtung gemacht worden. Hoffentlich erfährt nun die Öffentlichkeit etwas Genaueres darüber, wie sie eigentlich funktionieren soll. Der Reichskanzler hat offenbar geglaubt, sie dadurch ganz ungefährlich machen zu können, daß sie als bloßer Gutachterausschuss konstruiert wurde. Als solcher wird sie aber ein Instrument sein, um der Regierung den Willen der Reichstagsmehrheit fühlbar zu machen und ihr im übrigen die Unmöglichkeit der dauernden Aufrechterhaltung des jetzt geschaffenen Uebergangsstadiums zu demonstrieren.

Die Parteien haben im Hauptauschuss ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich an diesem Experiment zu beteiligen, sie haben aber gar keinen Zweifel daran gelassen, daß der damit

Zustand sie unmöglich befriedigen

kann. In diesem Sinne haben sich nicht nur die Vertreter

der Mehrheitsparteien ausgesprochen. Sehr bemerkenswert ist die Erklärung des Nationalliberalen Stresemann, die Erfahrungen des Krieges hätten die Schwächen unseres Regierungssystems gezeigt, auf der andern Seite hätten aber die parlamentarisch regierten Staaten in diesem Kriege Belastungsproben ausgehalten, wie man sie nicht für möglich gehalten hätte. Die übereinstimmende Meinung der Parteien, mit Ausnahme natürlich der Konservativen, geht dahin, daß das parlamentarische System vor dem in Deutschland herrschenden Regierungssystem den Vorzug verdiene.

Um so weniger werden sich die Parteien die parole des Reichskanzlers zu eigen machen können, der als vorstichtiger Mann vor Ueberführung warnt und immer langsam voran marschieren will. Ist ein Fehler in der innern Konstruktion unsres Staatswesens einmal erkannt, so kann er gar nicht schnell genug beseitigt werden. Gilt das schon im Frieden, so gilt es im Kriege erst recht. Denn der Krieg als ein bis zum äußersten angepannter Wettkampf der Staaten fordert von jedem die

höchste Vollkommenheit der Leistung,

die er überhaupt erreichen kann. Solche Vollkommenheit ist namentlich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik unentbehrlich; darüber aber, daß sich das bestehende System noch ihr so weit wie möglich entfernt gehalten hat, besteht nur eine Meinung.

Die „freie Kommission beim Reichskanzler“ wird eine notwendige Sicherung gegen überraschende Ungeschicklichkeiten unserer auswärtigen Politik bilden. Darüber hinaus wird sie sich nicht bemühen und niemand befriedigen. Wir sind nicht geneigt, ihr eine lange Lebenszeit vorauszusagen. Fällt sie aber, so fällt mit ihr nicht ein Stückchen Parlamentarismus, das in ihr verkörpert ist, sondern es fällt der Reichskanzler, und mit ihm fallen die Trümmer des alten Systems, dessen baldiges Ende jeder Demokrat so schnell als möglich herbeiführen wird.

Zum Ausbruch des Weltkrieges

Wiber Erwarten hat der in Rußland gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow geführte Prozeß zu aufsehenerregenden Enthüllungen über den Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Deutschland geführt. Dieser Gegenstand brachte überhaupt erst die Lämne des Weltkrieges ins Rollen. Daher bieten jene Vorgänge, die nun gerichtlich festgestellt wurden, wichtiges Material auch zur Beurteilung der Frage der Friedenssicherung durch das freie Volk oder die von ihm nicht beeinflusste sogenannte Selbstherrschafft.

Nach den Bekundungen des früheren Stabschefs, General Januschewitsch, wie auch des Angeklagten, wollte der Zar Nikolaus bis zum letzten Augenblick den Bruch mit Deutschland, dessen entsehlliche Folgen er, der Eingeweihte der Entente, wohl fürchtete, vermeiden. Seine Anstrengungen blieben erfolglos. Weil sein Wille, der Wille des unbeschränkten Selbstherrschers der Welt, kläglich scheiterte an den Mächten einer struppelosen Militär-Kamarilla. Wenn solche Treibereien auch nicht immer eine blutige Weltkatastrophe auslösen können, so sind sie doch überall auf gleicher Tragweite. Der russische Prozeß ermöglicht gerade zu rechter Zeit einen Einblick in die geheime Schicksalschmiede der Völker.

Er lehrt mit allem überhaupt denkbaren Nachdruck, den die Millionenopfer des Weltkrieges üben, daß Volk und Regierung niemals getrennt sein dürfen! Volksregierung ist der einzig würdige und zugleich das Heil der Menschheit verbürgende Zustand. Die blutige Lehre des Weltkrieges mahnt aus jenem russischen Gerichtssaal warnend und dringend zur Demokratisierung!

Ueber diese allgemeinen Lehren hinaus unterstützen die Enthüllungen des Prozesses das, was bisher über die energischen Friedensbemühungen des deutschen Kaisers bekannt geworden ist. Das russische Volk ist doppelt zu bedauern. Einmal wurde es von einer im Dienst der Entente-Imperialisten stehenden Generals-Kamarilla in die Hölle des Weltkrieges gestoßen. Als es sich dann, mit Hilfe der deutschen Siege, von seinen Bedrückern befreit dem heißersehnten Frieden nahe hoffte, waren es seine „revolutionären Freunde“, die es wieder in die Irrealität vom Zaune gebrochene Differenz und gegen die deutschen Artilleriegeschmiede hegten.

Der Prozeßbericht teilt mit:
Stockholm, 29. August. In dem Prozeß gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow wurde als erster Zeuge der frühere Stabschef des Höchstkommandierenden, der General Januschewitsch, vernommen.

Der Verteidiger Suchomlinows fragte, der „Nowoje Wremja“ zufolge, den Zeugen Januschewitsch, ob ihn nicht am Mobilisierungstage der frühere Zar telephonisch angewiesen habe, die Mobilisierung einzustellen oder wenigstens aufzuschieben. Januschewitsch gab zu, daß ein solches Telephongespräch stattgefunden habe. Der Zar habe aber nur angeregt die allgemeine Mobilisierung in eine Teilmobilisierung der vier Südwestbezirke umzuwandeln. Auf weitere Fragen des Verteidigers äußerte sich dann Januschewitsch eingehend über die Gehehnisse, die der Mobilisierung vorausgingen. Nach seiner Aussage war zunächst der Beschluß gefaßt worden, nur die vier Südwestbezirke zu mobilisieren, eine Maßnahme, die sich also nur gegen Oesterreich-Ungarn richtete. Dann erfolgte jedoch eine Abänderung dieses Beschlusses. Am 30. Juli 1914 hielt Januschewitsch dem Zar Vortrag und bestand auf der Gesamtmobilisierung, weil es nach seiner Meinung notwendig sei, die Haltung nicht nur Oesterreichs, sondern auch des Deutschen Reiches heranzuziehen. Der Zar unterzeichnete darauf den Befehl zur Gesamtmobilisierung. Diesen Ullas überbrachte Januschewitsch der Ministerratssitzung.

Der Zeuge Januschewitsch erklärte ferner, daß er nach an denselben Tage, und zwar am 29. August, dem Zar telephonisch angerufen worden sei. Der Zar fragte ihn, ob man die allgemeine Mobilisierung nicht doch bloß durch eine Teilmobilisierung, die sich nur gegen Oesterreich richtete, ersetzen könnte. Januschewitsch antwortete, eine Abänderung könnte zu einer Katastrophe führen. Der Zar erwiderte, er habe ein Telegramm von Kaiser Wilhelm erhalten, der sich ehrenwörtlich verbürgte, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland freundschaftlich bleiben würden, sobald Rußland nicht die allgemeine Mobilisierung erkläre. „Ich fuhr“, sagte Januschewitsch weiter aus, „nach diesem Telephongespräch mit dem Zar zu Sjasanow und legte ihm meine Ueberzeugung dar, daß man jetzt die allgemeine Mobilisierung nicht aufheben könnte. Es wurde daraufhin beschlossen, daß ich am folgenden Morgen dem Zar einen neuen Vortrag halten sollte. Dieser Vortrag fand statt und nachmittags um 5 Uhr hatten Sjasanow, Suchomlinow und ich in Petersburg eine Besprechung, die nur etwa 10 Minuten dauerte und mit dem Beschluß endete, daß es nicht möglich sei, die allgemeine Mobilisierung zurückzunehmen.“ Soweit Januschewitschs Aussage.

Darüber hat der Angeklagte Suchomlinow, sich zu der Aussage des Zeugen äußern zu dürfen. Er erklärte, daß der Zar ihn in der Nacht zum 30. Juli telephonisch angerufen und befohlen habe, die Mobilisierung aufzuheben. Das war ein direkter Befehl, der keine Einwendung gestattete. Suchomlinow erklärte weiter: „Ich war von dem Befehl ganz benommen. Die Mobilisierung war bereits erklärt

und wenn man sie hätte rückgängig machen wollen, so drohte eine Katastrophe. Weiß Gott, was dann für ein Kladderadatsch herausgekommen wäre und was in Rußland vorgehen würde, wenn man die Mobilisierung rückgängig machen wollte.“

Etwa eine halbe Stunde nach diesem Telephongespräch mit dem Zar klingelte mich Januschewitsch an und sagte mir, der Zar habe ihn erklärt, daß die Mobilisierung eingestellt werden sollte. Ich fragte Januschewitsch, was er dem Zar an dem Tage antwortet habe. Januschewitsch erwiderte, er habe dem Zar gesagt, daß die Aufhebung der Mobilisierung technisch unmöglich sei, der Zar habe aber trotzdem befohlen, die Mobilisierung einzustellen. Januschewitsch fragte mich, was er denn nun machen solle. Ich antwortete ihm: „Un Sie nichts!“ Am nächsten Morgen lag ich den Zar an und erklärte ihm, die Mobilisierung werde nur in den Südwestbezirken vorgenommen, dabei wußte ich, daß sie überall in vollem Umfange im vollen Gange war und nicht mehr aufgehoben werden konnte. Glücklicherweise wurde an demselben Tage dem Zar eine andere Ueberzeugung beigebracht und mir wurde dann die Anerkennung für die glatte Durchführung der Mobilisierung ausgesprochen.“

Nach dieser Bekundung Suchomlinows wurde nachmals General Januschewitsch als Zeuge aufgerufen, um über seine Unterredung mit dem deutschen Militärattaché am 29. Juli auszusagen. Januschewitsch erklärte: „Ich gab dem deutschen Militärattaché das Ehrenwort des Generalstabschefs, daß zur Stunde — es war am 29. Juli, nachmittags 3 Uhr — die Mobilisierung noch nicht erklärt worden sei. Dieses Augenblicks erinnere ich mich genau in allen Einzelheiten. Da der deutsche Militärattaché mir nicht glaubte, bat ich ihn an, ihm meine Erklärung schriftlich zu geben, was er indessen ablehnte. Zu einer solchen schriftlichen Erklärung hielt ich mich für berechtigt, weil die Mobilisierung in diesem Augenblick tatsächlich noch nicht ergangen war, denn den Ullas darüber hatte ich noch in meiner Tasche. Sjasanow hatte mir vorher gesagt, ich solle über die Sache lieber mit dem deutschen Militärattaché sprechen, als mit dem Bolschaker Grafen Pourtales, denn Sjasanow hatte von Pourtales eine sehr niedrige Meinung und war der Ansicht, daß Pourtales doch alles nach seiner Meinung erledigen werde.“

W. I. B. Petersburg, 29. August. (W. I. B.) In dem Prozeß gegen Suchomlinow erklärte General Danilow, früherer Kabinettschef des Kriegsministers, Suchomlinow forderte ihn mit, ein ausführliche Liste aller Maßnahmen der Landesverteidigung aufzustellen. Die während der fünf Jahre vor Suchomlinows Ernennung zum Kriegsminister getroffen wurden. General Wlitschkow, früherer Beihilfe des Chefs der allgemeinen Leitung des Ministerwesens, hält Suchomlinow für denjenigen, der an allen Niederlagen des russischen Heeres die Hauptschuld trägt. Der Zeuge sagt: Suchomlinow unterdrückte seit seiner Ernennung zum Minister zahlreiche Organe und Maßnahmen zur Erörterung von Fragen der Verteidigung geschaffen wurden.

Der Krieg kann nicht wegen des militärischen Unglücks... angeht, da er durch die Brille des Sozialismus...

...auf der Höhe angelangt, in voller Größe sichtbar werden... der deutsche Artillerie gefolgt und innerhalb weniger Sekunden...

...auf die Wirkung der... Erklärung... General Gröner's Abgang...

Kriegsberichte

Der Rücktritt in der amerikanischen Rekrutierung

Die letzte Rekrutierungswoche, die der... regulären Reserve 70.000 Freiwillige bringen sollte, hat bis zum fünften Tage einschließlich zu einer bitteren Enttäuschung geführt.

...auf der Höhe angelangt, in voller Größe sichtbar werden... der deutsche Artillerie gefolgt und innerhalb weniger Sekunden sind Autos und Straße in eine einzige undurchdringliche Rauchwolke gehüllt.

General Gröner's Abgang

General Gröner's Abgang... General Gröner's Abgang... General Gröner's Abgang...

Russische Tanks

Über den Angriff russischer Tanks und deren Vernichtung

Über den Angriff russischer Tanks und deren Vernichtung... durch die deutsche Artillerie während der großen russischen Durchbruchoffensive dieses Sommers erzählt ein Augenzeuge anschauliche Einzelheiten.

...auf der Höhe angelangt, in voller Größe sichtbar werden... der deutsche Artillerie gefolgt und innerhalb weniger Sekunden sind Autos und Straße in eine einzige undurchdringliche Rauchwolke gehüllt.

...auf der Höhe angelangt, in voller Größe sichtbar werden... der deutsche Artillerie gefolgt und innerhalb weniger Sekunden sind Autos und Straße in eine einzige undurchdringliche Rauchwolke gehüllt.

Politische Wochenchau

Friedensvorbereitung

Sozialdemokratie und Neuordnung

Am Donnerstag machte Genosse Scheidemann im Hauptausschuß des Reichstages nach der ausführlicheren Wiedergabe des "Vorwärts" folgende bemerkenswerten Ausführungen:

Friedensfrage und besetzte Gebiete

Sitzung des Hauptausschusses vom 28. August
Der Hauptausschuß des Reichstages legte gestern die streng vertrauliche Aussprache über die Verwaltungsmaßnahme in den besetzten Gebieten fort.

Feste Hoffnung auf Stockholm

Stockholm, 27. August. Bonin, der Delegierte der russischen Sowjets, und Ugefred, der Delegierte des Organisationskomitees der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sandten namens der russischen Abordnung der Sowjets an Henderson ein Telegramm, worin sie die feste Hoffnung aussprechen, die Konferenz wolle beschließen, daß alle teilnehmenden Parteien ihr Möglichstes tun sollen, um alle Hindernisse zu beseitigen, die dem Zusammentreffen der Vertreter des Proletariats aller Länder den Weg versperren.

...auf der Höhe angelangt, in voller Größe sichtbar werden... der deutsche Artillerie gefolgt und innerhalb weniger Sekunden sind Autos und Straße in eine einzige undurchdringliche Rauchwolke gehüllt.

...auf der Höhe angelangt, in voller Größe sichtbar werden... der deutsche Artillerie gefolgt und innerhalb weniger Sekunden sind Autos und Straße in eine einzige undurchdringliche Rauchwolke gehüllt.

Deutschland

General Gröner's Abgang

Genosse Scheidemann schreibt dem "Vorwärts" zu der Erklärung des Direktors Duisberg, der jedes Wirken zur Entfaltung Gröner's leugnete:

Arbeiterlöhne und Krieg

Ein weit verbreiteter Irrtum ist die Vorstellung von den hohen Löhnen, die die Arbeiter insgesamt heutzutage erzielen. Fast selten nur findet sich in den nicht zur Vorkriegszeit gehörigen Kreisen ein vernünftiger Mensch, der noch die Ansicht vertritt: „Es ist nicht zu begreifen, wie bei den jetzigen geradezu wahnwitzigen hohen Preisen der notwendigen Lebensbedürfnisse die Masse der Arbeiterklasse es noch fertig bringt, das Leben zu fristen.“

werbegruppen von 5,17 Mk. im März 1914 auf 7,55 Mk. im September 1916; bei den weiblichen Arbeitern in dem gleichen Zeitraum von 2,29 Mk. auf 3,53 Mk. In Prozenten ausgedrückt beträgt die Gesamterhöhung 46 Prozent, also nicht ganz die Hälfte des Lohnes vor dem Kriege.

Da steht schon die Frage auf: wie wenige unserer Lebens- und sonstigen notwendigen Bedarfsmittel sind während des Krieges nur um die Hälfte verteuert worden? Manche sind ja um das Drei-, Vier-, Fünf-, Sechsfache im Preise in die Höhe gegangen. Oder nehmen wir die Zahlen in ihrer absoluten Höhe. Wer von den gedankenlosen Nachbetern des Märchens von den hohen Arbeiterlöhnen ist etwa imstande, heute noch mit 7,55 Mk. Tagesverdienst eine starke Familie angemessen zu erhalten? Die auf dem Papier ermittelten 7,55 Mark schmelzen aber bei näherer Betrachtung auch noch zusammen, noch ehe man sich etwas dafür kauft. Da es sich um eine Ermittlung handelt, die natürlich an Werttagen gewonnen wurde, so kann man günstigenfalls die 7,55 Mk. auch nur für jeden Werktag in Anrechnung stellen. Der Mensch jedoch will auch Sonntags leben, und so schmückt die zur Verausgabung verfügbare Tagessumme schon zusammen und verringert sich auf 6,47 Mk. Wo aber bleiben diejenigen, die mit ihren Löhnen weit unter dem hier in Betracht gezogenen Durchschnitt verbleiben? Jeder Kenner der Arbeiterverhältnisse weiß, daß es sich hier um viele Hunderttausende, um Millionen handelt. Schon der einfache Umstand, daß unter den in die Erhebung des Statistischen Amtes einbezogenen Industrien sich auch die Eisen- und Metallindustrie befindet, legt den Gedanken nahe, daß unter den befragten Arbeitern sich auch mancher der hochbezahlten Munitionsarbeiter befunden habe und so unter diesen Befragten allein schon sehr viele den ermittelten Durchschnittssatz nicht erreicht haben können.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es sich bei den Arbeitern, die im Vergleich zu den sonst gewöhnlichen Löhnen im Kriege „viel Geld“ verdienen, immer nur um bestimmte Gruppen handelt. So vor allem unter den direkten Munitionsarbeitern und dann auch aus jenen Gewerbebetrieben, die mit der Munitionsindustrie in enger Verbindung stehen und dabei unter Arbeitermangel leiden. Aber beileibe nicht um alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die überhaupt in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind. Und selbst diese alle zusammengenommen, ergeben immer erst einen Bruchteil der gesamten Arbeiterkraft.

Zu dieser Presse gehört auch die liberale „Kölnische Zeitung“, wenn sie, wie in ihrer zweiten Morgenausgabe vom 31. Juli, bei ihrer Betrachtung der hier erörterten Erhebung des Statistischen Amtes u. a. zu dem Resultat kommt, „daß beinahe alle übrigen Klassen der Bevölkerung, die mit festem Einkommen angesetzt waren, z. B. die höhere und mittlere Beamtenschaft aller Grade, viel mehr Grund zur Unzufriedenheit hätten, als unsere Arbeiter“. (Was ausgesucht die höhere und mittlere Beamtenschaft, nicht mal die untere! Der Verf.) „Zusammenfassend muß also betont werden, daß die Arbeiterschaft jedenfalls den Anschluss an die Teuerungsvhältnisse am besten gefunden hat. Während die übrige erwerbstätige Bevölkerung entweder mit geringen Abschlagszahlungen in der Gestalt von Teuerungszulagen zufrieden sein mußte oder aber überhaupt gezwungen ist, mit den Gehältern vor dem Kriege auch jetzt noch auszukommen.“

Ja, da kommt es doch aber ganz wesentlich darauf an, wie viele dieser Gehälter auch schon vor dem Kriege höher standen als die damaligen und jetzigen Löhne der meisten der Arbeiter. Auf jeden Fall gibt die „Kölnische Zig.“ hier ein Beispiel jener unangebrachten Verallgemeinerung, gegen die wir uns zu wenden haben.

Was will — gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen — ein Bild sagen, gestaltet auf Grund einer Minderzahl von Ausnahmeverdiensten, das dann noch sofort zum Zerrbild wird, wenn man in unzulässiger Weise verallgemeinert. Und auch wo dies nicht geschieht, vergißt man gewöhnlich zu beachten, daß die hohen Verdienste erzielt werden um den Preis vieler Ueberstunden und Sonntagsarbeit; daß sie vielfach wieder auf ein Wenig oder Nichts zusammenschrumpfen, da die bis zum äußersten gehende Kraftausgabe zur Voraussetzung hat einen viel höheren Aufwand an Nahrungsmitteln und daß sie trotzdem oft bezahlt wird mit rapidem Kräfteverfall. Da meist auch für Geld bei der mangelnden Zeit der Arbeiter nicht mal das Notwendige zu haben ist.

Die Arbeiter im allgemeinen haben allen Grund, der Fabel von ihren hohen Löhnen, wo gedankenlose oder übelwollende Leute sie äußern, energig entgegenzuwirken, solange sie leider nur Fabel ist. Auch die Zahlen des Kaiserlichen Statistischen Amtes weisen hierzu die Handhabe.

Der neuen Kartoffelernte entgegen

Von Otto Braun, M. d. R.

Neben dem Brot bildet die Kartoffel das Rückgrat unserer Volksernährung. Bereits im Frieden entfiel circa 12 Prozent der menschlichen Nahrung auf die Kartoffel; im Kriege dürfte sich der Anteil noch erhöht haben. Das ist bei der vielfältigen Verwendbarkeit der Kartoffel nicht verwunderlich. Zudem steht Deutschland mit seiner Kartoffelerzeugung weitaus an der Spitze aller Landwirtschaft treibenden Länder.

Wir ernien nach den bisher geltenden Statistiken, deren Richtigkeit jetzt freilich stark angezweifelt wird, im Jahresdurchschnitt 900 bis 1000 Millionen Zentner Kartoffeln. Nur etwa ein Drittel dieser Menge wird für die direkte menschliche Ernährung gebraucht und gleichwohl leidet die Bevölkerung fortgesetzt unter bitterem Kartoffelmangel. Der Hinweis auf die vorjährige schlechte Ernte zur Erklärung dieser Erscheinung verfährt nicht. Denn einmal war die Ernte 1916 nicht ganz so schlecht, wie sie von den Interessenten immer hingestellt wird, und zudem hatten wir im Jahre vorher bei einer Retordernte gleichfalls zeitweise dieselbe Kartoffelnot.

Nein, der Mensch hat im Konsum der Kartoffeln zu viel Konkurrenten, worunter das liebe Vieh der gefährlichste ist. Diese Konkurrenz hat sich in der Kriegszeit infolge der Unterbindung der Futtermittelzufuhr noch verschärft. Und zudem werden die hohen Fleischpreise, nicht zuletzt die im Schleichhandel erzielten Zuckerpreise, im stärksten Maße dazu an, Kartoffeln mehr als bislang zu verfüllern.

Der erhöhte Kartoffelbedarf von Mensch und Vieh könnte vielleicht befriedigt werden, wenn es gelänge, die Erzeugung von Kartoffeln wesentlich zu steigern. Diese Steigerung durch Vermehrung der Anbaufläche zu erzielen, ist bedenklich, da das nur auf Kosten anderer für die menschliche Ernährung nicht minder wichtiger Feldfrüchte geschehen kann. Nun läßt sich ja wohl die Kartoffelerzeugung auch noch auf der bisher

Stockholm — Rom

Drei volle Jahre ein Flammenmeer Von Menschenhaß und Märrertod, Drei volle Jahre ein Schmerzensschrei Von Frauen-Weh und Kinder-Tod!

Drei volle Jahre ein raseuder Kampf, Ein Strom vom Blute der Besten; Drei volle Jahre die Welt im Krampf, Ein Leben voll Angst und Gebrechen.

Da lönet ein Ruf, Fanjaren gleich: „Lebte Eure Blide nach Norden, Dorf, Proletariat, sammelt Euch Und bietet Einhalt dem Norden!“

„Ihr eilet alle, den Pflichten getreu Und schühtet des Heimatlands Föhnen, Leht knüpft Ihr das Band, das zerrissene aufs neu, Drum frei sei der Weg Euren Bahnen!“

Vom Süden erklinget vom heiligen Thron, Ein gleicher Wunsch durch die Welde, Daß im Namen der Liebe, die Friedens-Religion Die Grenzen der Völker durchschreite!

„Papst Benedikt, und hilffst Du der Welt Des Kampfes Ende zu bringen, So möge Dir, als siegreichster Held: „Benediktus! Benediktus!“ erklingen.“

„Das Recht zu verkünden!“ drum kämpfen sie heut, Das Recht, das wir alle erstreben, Das höchste Recht, das die Erde gebeut, Das höchste Recht, das ist: „Leben!“

Ob Heiliger Vater, ob Proletar, Ob Westen, Ost, Norden, ob Süden, Der Menschheit heißeste Sehnsucht machst wahr, Geht endlich, ach endlich, den Frieden!

Die Wölfe

Von Karl Brüger

Man hat im Cazarett viel Zeit zum Erzählen, und es wird darum viel erzählt. Zwar kennt jeder Soldat den Krieg und weiß, daß überall schwarz geschossen wird. Von der Schrecken!

will man deshalb auch nicht viel hören. Aufmerksame Zuhörer finden aber immer Geschichten, in denen irgendein merkwürdiger menschlicher Zug zum Vorschein kommt.

In unserm Saal kam eines Tages auch mit anderen ein westpreußischer Grenadier, den es ziemlich schwer am rechten Bein erwischt hatte. Ein sehr ruhiger, verschlossener Mensch, dem man jedes Wort mit der Zange aus dem Mund holen mußte. Die ersten acht Tage redete er überhaupt, außer den üblichen Grüßen, keinen Ton und horchte nur immer mit unbeweglichem Gesicht, was die andern zu sagen hatten. Daß manchmal ungläubliche Räubergeschichten verzapft wurden, hatte er bald begriffen.

Wir wunderten uns daher nicht wenig, als Kamerad Tomshil sich eines Abends umständlich räusperte und, nachdem er einige Male Luft geknapppt hatte, in dem etwas singenden Tonfall seiner Heimat begann:

„Das war im Dezember 15, so um Weihnachten, wenn's stimmt. Wir lagen damals in der Nähe von Uda. Keine schöne Route, Kameraden! Eine Gegend, wo sogar die Wanzen Lärche haben. Stellung war nicht. Sie wurde noch gebaut. Wir hatten Marmunterkünfte in elenden Panjehstern, wo uns die Läuse alle Haare vom Kopfe gefressen haben. Jeden dritten Tag kam man auf Feldwache, immer so drei Gruppen mit einem Spieß oder einem Offizierstellvertreter als Wacht-habenden. Abends gondelten wir los, marschierten zwei Stunden und lösten die alte Wache ab. Dann ging das Vergnügen an, die Posten aufzusuchen. Es war damals grimmig kalt und die Kerls verkrochen sich in allen Löchern. Gesucht wurde nicht wenig, bis man sie da aufgestübert hatte. Ich und mein Kamerad Kruschke — er ist auch schon draufgegangen — lösten Doppelposten 3 ab, der an einer Straßent Kreuzung stehen sollte. Von der Kreuzung war nichts zu sehen und wir fielen uns bald Hals und Bein kaputt, bis wir den Posten fanden. Der lag in einer Schneewehe an der Böschung, weil der Wind dort nicht gar so grimmig zog. Die ersten zwei Stunden war nichts passiert. Die Panjeposten standen an einem Wald-od. Wahrscheinlich lagen sie auch hinter einem Busch und wünschten den Krieg und die Kälte zum Teufel. Um drei Uhr früh zogen Kruschke und ich zum zweiten Male auf. Weil wir nun den Weg wußten, ging die Geschichte viel einfacher als das erste Mal. Wir traten uns die Beine etwas in den Hals, lösten etwas vor uns hin und knippen dazwischen die Buddel, denn ein guter Schnaps ist eine Gabe Gottes. Nach einer halben Stunde stößt mich Kruschke in die Rippen und

deutet in die Nacht. Man konnte kaum die Finger vor den Augen seh'n. Ueber das Brachfeld neben uns huschten Schatten, kaum zu unterscheiden vom Boden. Nur wenn sie auf uns zukamen, funkelten eine ganze Reihe Lichter wie glühende Kohlen auf. Dazwischen ein heiseres Schnaufen, Jappen und Schnarchen. Das ging in einem Kreise um uns herum, der immer enger wurde. Ich sah Kruschke an, der mir heiser zurante: „Wölfe!“

Da hockten wir in der Falle. Den Augen noch zu erteilen, mußte es ein hübsches Rudel sein, das da seine blödsinnige Polonaise vor uns tanzte. Köstlich krachte ein Schuß aus dem Wald, und gleichzeitig geht ein lautes Geschrei los. Aus dem Wald stürzen die russischen Posten, laufen gerade auf uns zu und feuern dazu ihre Büchsen blindlings nach allen Seiten ab. Hinter ihnen her hegt ein Schwarm Wölfe, die bei jedem Schuß auseinanderstieben, aber nur für einen Augenblick. Wir haben beide einen Gedanken, Kruschke und ich: 'naus aus der Böschung und hineingeschossen in die Wölfe, was Zeug hält. Hinter uns trampft es durch die Nacht her. Das ist die Feldwache, von unserem Geschütze alarmiert. Aus dem Wald drüber kommen zehn, fünfzehn Panjes heraus, und bald sind wir — Deutsche und Panjes durcheinander — im schönsten Kesseltreiben auf das eklige Viehzeug.

Neben mir schießt ein baumlanger Panje und klopft sich vor Wonne auf die Schenkel, wenn ein Wolf in den Schnee tollert. Die Geschichte dauert zehn Minuten, dann ist der letzte Wolf im Wald verschwunden. Sieben von den Kadern bleiben auf dem Feld liegen.

Und jetzt paßt auf, Kameraden, kommt das Beste! Wir gucken die Panjes an, die Panjes gucken uns an. Unschießen denkt keiner. Der himmellange Kerl neben mir kratzt sich hinter den Ohren, greift dann unter dem Wasserrod und langt mir ein Päckchen Papyrus her. Ich habe natürlich zugegriffen. Kruschke drückte einem Panje die Hand, kurz, es ist gewesen, als wenn plötzlich der Friede ausgebrochen wäre.

Wir sind dann wieder auf unseren Posten und die Panjes in ihren Wald. Geschossen ist den ganzen nächsten Tag nicht worden. Von den Wölfen haben die Panjes noch drei in der Nacht geholt, vier stehen sie für uns liegen.

Das ist mein merkwürdigstes Erlebnis im ganzen Krieg. Ich werde es Zeit meines Lebens nicht vergessen. Wir hatten Tomshil ruhig erzählen lassen, und auch jetzt, nachdem er fertig war, rührte sich keine Widerrede. Einer nach dem andern legte sich aufs Ohr und bedachte die Erzählung.

...handes für das Baugewerbe. Herr Richard, teilnehmendster Beratung bewilligen die Unternehmer für Maurer- und Zimmerer einen Stundenlohn von 1,15 Mk. und für Bauarbeiter 95 Pf. Für die gelehrten Arbeiter bedeutet diese Vereinbarung eine Lohnsteigerung um 28 Pf., für Bauarbeiter um 18 Pf. pro Stunde. Mit diesen Löhnen sind die zu vergebenden Bauarbeiten zu kalkulieren. Sie sind zu zahlen von allen Firmen, die dort Arbeiten übertragen erhalten.

Die Lohnbewegungen der Werftarbeiter in der Kriegszeit und die Firma Schichau

...tete das Thema, über welches Gauleiter Rohla, Stettin, vor den Arbeitern der Schichau-Werft sprach. Der große Schmidtsche Saal, Schichaugasse 6, war zu klein, um all' die Arbeitermassen aufzunehmen, die dem Rufe der Organisationen gefolgt waren. Kopf an Kopf standen sie gedrängt, um den Ausführungen des Referenten zu lauschen. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr und mußten umkehren. Nicht Neugierde, sondern bitterste Not hatte die Arbeitermassen in die Versammlung getrieben. Daß die Arbeiter der Schichau-Werft unter den Einwirkungen des Krieges besonders leiden, wurde von dem Referenten mit Tatsachenmaterial einwandfrei belegt. Er führte aus:

Die durch den Krieg hervorgerufene Teuerung hat die Arbeiter aller Seeschiffswerften veranlaßt, schon seit dem Jahre 1915 Forderungen an ihre Direktion zu stellen. Die Bewegung auf den Werften der Nordsee sowie Stettin sind jedoch in ihrem Verlauf wesentlich von den Bewegungen bei der Firma Schichau verschieden. Die Firma Schichau denkt garnicht daran, in derselben Weise Entgegentritten zu zeigen, wie es die andern Werften durch ihre Organisation tun. Während über die Forderungen der Nordsee-Schiffswerften und der Stettiner Werften stets mit den Organisationsvertretern verhandelt wird, unter Hinzuziehung von Arbeitern aus den Betrieben, handelt die Firma Schichau vollkommen selbstherrlich. Sie macht bekannt: Soviel gebe ich und damit basta! Raum eine Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß, als solcher fungiert der Krankenkassenvorstand, wird belächelt. Demütigt bitten sollen die Arbeiter. Bis her sind, trotz mehrfachen Ersuchens der Arbeiterschaft, noch keine Wahlen auf Grund des Hilfsdienstgesetzes erfolgt. Für Schichau gilt das Hilfsdienstgesetz nicht. In Elbing hat der Krankenkassenvorstand bisher selbst gut gearbeitet. Nach seiner Abweisung ist bei Verhandlungen der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Die Nordseewerften und Stettin haben im Laufe der Kriegszeit folgendes bewilligt: Zunächst ist eine einmalige Teuerungszulage zu Weihnachten 1915 gewährt worden. Danach (1916) eine dauernde Teuerungszulage, die um 50 Prozent erhöht wurde und außerdem viermalige Erhöhung der Löhne. Um diese mit den Bewilligungen der Firma Schichau vergleichsfähig festzustellen, muß man die Teuerungszulagen pro Stunde berechnen. Das ergibt folgendes Resultat (Familie mit zwei Kindern angenommen):

Bei den Nordseewerften und Stettin Teuerungszulage 6 Pfg. Lohn erhöhungen bis 21. Juni 1917 12 Pfg., zusammen 18 Pfg. pro Stunde. Wenn man noch die beiden für Oktober und Dezember 1917 erfolgten Zugeständnisse mitrechnet, kommen insgesamt 22 Pfg. pro Stunde heraus. Die Firma Schichau aber bezahlt für eine Familie mit 2 Kindern 6 Pfg. pro Stunde Teuerungszulage.

Das überrascht auf den ersten Blick. Es scheint, als wenn die Firma Schichau den andern Werften „über“ wäre, aber es scheint auch nur so. Wer die Verhältnisse auf den Werften auch nur einigermaßen kennt, weiß, daß die Löhne bei Schichau so niedrig sind, wie auf keiner andern Werft. Es werden heute noch Wochenlöhne von 21 Mk., ja bis auf 19 Mk. herunter, bezahlt! 24 Mk. pro Woche dürfte der Durchschnitt sein. Der Akkordüberverdienst ist auf 50 Prozent höchstens beschränkt, während die andern Werften die Beschränkung des Ueberschusses aufgehoben haben, wenigstens für die Kriegszeit. Was ist nun die Folge? Wenn die niedrigen Löhne bei Schichau bestehen bleiben, wird die Teuerungszulage mit Abschluß des Krieges abgezogen werden und das alte, berüchtigte Schichau-Geld der niedrigen Löhne und der vollkommenen Anarchie auf dem Gebiete der Akkordarbeit bleibt bestehen. Schichau hat den Rekord auf dem Gebiete der niedrigsten Akkordverdienste geschaffen!

Aus diesen Gründen sind die Forderungen formuliert, die der Versammlung unterbreitet werden. In erster Linie Erhöhung der Stundenlöhne und Regelung des Akkordverdienstes. Zahlung der ganzen Teuerungszulagen an alle Arbeiter einschließlich der zur Arbeit Abkommandierten resp. Beurlaubten. Nachdem jeder einzelne Forderungsbündel hatte, kam er auf die Zahlung der Teuerungszulagen der Beurlaubten resp. Beurlaubten zu sprechen. Bewilligt zahlt die Firma Schichau an alle verheirateten Arbeiter 20 Mk. Teuerungszulagen und 4 Mk. Kinderbeihilfe pro Lohnperiode. Die Abkommandierten dagegen, die zur Führung eines doppelten Haushaltes genötigt sind, erhalten 15 Mk. Teuerungszulage und keine Kinderbeihilfe. Sie bekommen laut Erlaß des Reichskanzlers, dafür 2 Mk. pro Tag entschädigt. Was den Beurlaubten und Abkommandierten auf der einen Seite gegeben wird, wird durch die gleiche Teuerungszulage wieder genommen. Der stürmische Beschluß der diesen Ausführungen folgte, bewies, daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat. Mehrere Diskussionsredner ergänzten die Erläuterungen und Forderungen dieselben. Folgende Forderungen, die der Firma durch eine Kommission von 5 Mitgliedern unterbreitet worden waren, wurden einstimmig angenommen. 1. Umrechnung der bisherigen Löhne in Stundenlöhne mit einem Aufschlag von 20 Pfg. die Stunde. Der hiernach sich ergebende Stundenlohn ist jedem Arbeiter auf seinen Lohnzettel zu

...von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit mindestens 1,20 Mk. pro Stunde beträgt. Bei Akkordarbeiten ist den sämtlichen am Akkord beschäftigten Arbeitern der vereinbarte Akkordlohn bei Beginn der Arbeit durch Akkordzettel bekannt zu geben. 3. Die Löhne der während in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter sind so zu erhöhen, daß sie mindestens 90 Prozent des Akkordverdienstes der gleichen Branche betragen. 4. Die gegenwärtige Teuerungszulage ist allen Arbeitern, mit Einschluß der zur Arbeit Abkommandierten resp. Beurlaubten, Familien außerhalb Danzigs wohnen, in derselben Höhe zu zahlen, in welcher sie den Einheimischen gezahlt wird. Die Familienzulage von 2 Mk. pro Tag ist allen Beurlaubten resp. Abkommandierten mit doppeltem Haushalt

Hoffentlich gelingt es diesmal, der Firma Schichau einen einigermaßen auskömmlichen Lohn abzutrotzen. Dazu gehört vor allen Dingen Einigkeit und ein fester Wille zur Tat.

Die Eingabe der Fischer

an den Reichskommissar für Fischversorgung, die diesem am 24. Juli zugestellt wurde, ist von ihm am 23. August beantwortet worden. Die Antwort ist durchaus unbefriedigend. Sie stellt den jetzigen Zustand fest und hält die von der Fischhandelsgesellschaft festgesetzte Abnahmegebühr von 5 Mk. für einen Zentner Flundern angemessen.

Der Reichskommissar scheint sich die Beantwortung der Eingabe ziemlich leicht gemacht zu haben. Er hat einfach die Angaben der Fischhandelsgesellschaft bestätigt und dies den Fischern mitgeteilt. Eine erschöpfende Begründung der Notwendigkeit dieser Abnahmegebühr befindet sich an keiner Stelle der Antwort. Aber gerade hierüber wollen die Fischer Aufklärung haben. Sie können sich nicht denken, daß die wirklichen Kosten für die Feststellung des Gewichts der Fische am Fangort pro Zentner 5 Mk. betragen sollen. Mehr noch. Es ist beachtet worden, daß Abnehmer Flundern, für die sie den Erzeugern nach Abzug der Gebühren 20 Pfennig pro Pfund bezahlen, gleich darauf für 40 Pfennig an Verbraucher weiter verkaufen. Geschieht dies im Einverständnis mit der Fischhandelsgesellschaft? Wer erhält den Betrag von 15 Pf., der sich aus der Preisdifferenz ergibt? Erhält davon die Fischhandelsgesellschaft auch noch einen gewissen Teil oder verbleibt der auf diese Art erzielte Gewinn dem Abnehmer, der sowieso von der Fischhandelsgesellschaft für die Mühe des Abwiegens der Fische reichlich entschädigt wird? Würde dem Abnehmer dieser ganze Betrag zufallen, so würde er sich dabei bedeutend besser stehen, als die Fischer bei ihrem Erzeugerpreis, die doch immerhin bedeutend schwerere Arbeit zu verrichten haben, als der Abnehmer. Die Organisation der Fischhandelsgesellschaft scheint also auch in diesem Falle sehr verbesserungsbedürftig zu sein.

Ueber den Bericht der Volkswacht von der Fischerversammlung am 19. August in Bohnsack ärgern sich die Herren Schmiljan und Miro von der liberalen Partei. Das war durchaus nicht unsere Absicht. Wir hatten nur wahrheitsgemäß festgestellt, daß der Referent von dem Stand der Bewegung der Fischer und ihren Wünschen keine blasse Ahnung hatte und daß die Fischer ihn erst darüber aufklären mußten. Auf dieser sehr richtigen Feststellung, die wir noch etwas erweitern könnten und die jeder andere Teilnehmer der Versammlung bestätigen wird, antworten die Herren Schmiljan und Miro sehr erregt in der Abendausgabe der Danziger Zeitung vom 28. August. Diese Auslassung wirft unser Bericht vor, über die Versammlung so viel Unrichtigkeiten mitgeteilt zu haben, „als sich in einem Dutzend Zeilen nur sagen lassen“. Und an einer andern Stelle heißt es in dem liberalen Bericht, daß derartige Zeitungsberichte, die mit viel Phantasie und wenig Wahrheitsliebe zusammengeschrieben sind, die Fischer nicht irren machen können. Sehr richtig. Die Fischer haben ein feines Gefühl dafür, wenn sie ihre Interessen zu vertreten anvertrauen können. Und wenn Herr Schmiljan in Dutzenden von Fischerversammlungen gesprochen und als Vertreter der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei in der Kommission des Preussischen Abgeordnetenhauses für die Fischer tätig gewesen sein will, und viele Fischer dennoch den Weg zum sozialdemokratischen Parteisekretär finden, dann muß es doch stark hapern mit dem Vertrauen dieser Fischer zu der liberalen Vertretung. Das sehen die Herren Schmiljan und Miro auch selber ein und deshalb ihr Schmerz. Wir nehmen das nicht weiter tragisch und werden weiter tun, was wir für richtig halten.

* **Schutz der Glasarbeiter.** Die Bekanntmachung vom 9. März 1913, die Schutzvorschriften für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Glashütten, Glasblechereien und Glasbelagereien sowie Sodhaläserien enthält, ist in ihrer Geltungsdauer auf fünf Jahre beschränkt, würde also am 1. April 1918 außer Kraft treten. Da während des Krieges eine Neuregelung der einschlägigen Verhältnisse nicht in Frage kommt, hat der Bundesrat am 10. August bestimmt, daß die Gültigkeitsdauer jener Vorschriften bis zum 15. August 1919 verlängert wird.

Kuhruhrkrankungen.

In letzter Zeit sind an einigen Orten des Bezirks gehäufte Erkrankungen und Todesfälle an übertragbarer Ruhr vorgekommen, die behördliches Eingreifen zur Folge hatten. Auch die Bevölkerung kann zur Bekämpfung des Unheilgreifers der Seuche beitragen.

Die Ruhr ist eine ansteckende Krankheit, die auf der Einwanderung von Bakterien in die Verdauungswege beruht, und besonders Personen zu ergreifen vermag, die ohnehin an Verdauungsstörungen leiden. Es gilt also für den Einzelnen, sich vor solchen Störungen nach Möglichkeit zu hüten. Verdorrene Nahrungsmittel und besonders schlechtes Trinkwasser können den Ausbruch der Krankheit begünstigen, wenn auch nicht erzeugen. Festgehalten werden muß, daß die lebenden Krankheitserreger die Krankheit hervorrufen und daß deren Übertragung von Erkrankten auf den Gelunden, jedoch auch durch Gegenstände, die von Abgängen der Kranken verunreinigt sind, geschieht. Es ist also die größte Reinlichkeit in der Umgebung der Kranken geboten, insbesondere sind die Bedürfnisanstalten (Sitzbretter, Wände, Türklinke usw.) sorgfältig zu desinfizieren, wozu sich besonders, schon der Billigkeit halber, Kalkmilch eignet. (Frisch geschöpfter Kalk mit 3 Teilen Wasser vermischt, ist Kalkmilch.) Die Reinlichkeit vorgenannter Einrichtungen ist um so mehr erforderlich, als einzelne Krankheitsfälle so leicht verlaufen, daß sie als ansteckende Ruhr nicht erkannt werden: die Übertragungsgefahr ist deshalb jedoch die gleiche, wie bei schweren Fällen. Eines der wirksamsten Mittel gegen die Verbreitung der Seuche ist die sofortige Unterbringung der Kranken in ein Krankenhaus. Die Anzeige der Kuhruhrkrankungen bei der Polizeibehörde ist gesetzlich vorgeschrieben.

...Kuhruhrkrankungen in Ost- und Westpreußen. Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Woche vom 12. bis 18. August 424 Kuhruhrfälle vorgekommen, von denen 28 tödlich verliefen. Auf die einzelnen Kreise verteilen sich die Erkrankungen wie folgt: Berent 1, Stadt Danzig 8, Dirschau 5, Stadt Elbing 6, Rathau 2, Marienburg 91, Neustadt 5, St. Elia park 105, Stadt Graudenz 7, Königs 87, Löbau 10, Marienwerder 2, Rosenberg 9, Schladau 28, Schweg 22, Stuhm 3, Stadt Thorn 29, Thorn-Land 61. Todesfälle waren zu verzeichnen 1 im Kreise Dirschau, 3 im Kreise Marienburg, 4 im Kreise Tr. Stargard, 14 im Kreise Königs, je 1 in den Kreisen Löbau, Marienwerder und Schweg. Ferner wurden festgestellt in den Regierungsbezirken Allenstein 350 Erkrankungen, und 16 Todesfälle, Bromberg 20 Erkrankungensfälle und 1 Todesfall, Gumbinnen 48 Erkrankungen- und 8 Todesfälle, Königsberg 29 Erkrankungen- und 3 Todesfälle, Posen 23 Erkrankungsfälle und 1 Todesfall.

Vergnügungsfahrten in der Danziger Bucht sind, wie man uns von maßgebender Stelle schreibt, während des Krieges bekanntlich grundsätzlich verboten. Um jedoch den Fahrzeugbesitzern, insbesondere den gewerbsmäßigen Bootverleihern entgegen zu kommen, hat der Herr Kommandant der Festung Danzig einer Anzahl von Fischern in Zoppot ausnahmsweise gestattet, Boote zu kurzen Vergnügungsfahrten zu vermieten; bei denen eine gedachte Gerade von Adlershorst bis zur Ostmole Neufahrwasser nicht überschritten werden darf.

Die Fahrgäste verstoßen nun aber vielfach gegen die einschlägigen Bestimmungen und sehen dadurch sich und die Bootsvermieter der Gefahr strenger Bestrafung aus. Es sei daher darauf hingewiesen, daß jeder, der eine Vergnügungsfahrt in dem bezeichneten Buchtsegment unternimmt, im Besitze eines Personalausweises mit Lichtbild und beglaubigter Unterschrift sein muß, sowie eines Fahrt-Erlaubnisheines, der für jede einzelne Fahrt von der Polizeibehörde in Zoppot bezw. von dem Aufsichtsoffizier der Kommandantur, Villa Miramare, ausgestellt wird. Der sogenannte kleine Strandausweis ohne Lichtbild genügt nicht. Bootsführern, die Fahrgäste ohne die vorgeschriebenen beiden Ausweise aufnehmen, wird die Verleiherlaubnis wieder entzogen. Fahrgäste, die ausweislos oder nicht im Besitze der vorgeschriebenen Ausweise von Kontrollbooten betroffen werden, werden bestraft.

Wenn die Verstöße gegen die Vorschriften sich häufen, wird auf die alte Verfügung zurückgegriffen und der Wasser- und Vergnügungsverkehr auch in Zoppot wieder verboten werden.

„Geistige Schwerarbeiter“

Ein Vorfall, der besondere Beachtung verdient, wird in Danzig viel besprochen. Es handelt sich um folgendes:

Angeblick soll es wegen Betriebsstörungen in einigen Molkereien nicht möglich gewesen sein, Butter zu bereiten. Die Provinzialstelle gestattete diesen Molkereien — es ist auffallend, daß gleich mehrere Molkereien zur gleichen Zeit Betriebsstörungen hatten — aus der Milch Vollfett-Käse zu bereiten, was gesetzlich verboten ist. Dieser gute Käse ist an „geistige Schwerarbeiter“ bei der Regierung und der Provinzialstelle in ganzen Broten gegeben worden. Andere Stellen haben, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, von diesem Käse nichts erhalten. Der Preis wurde auf 1,80 Mk. pro Pfund festgesetzt.

Wir gönnen diesen „geistigen Schwerarbeitern“ sehr gerne eine angemessene Auffrischung ihres Geistes durch guten Vollfett-Käse. Aber zum Nachteil der Allgemeinheit dürfte das nicht geschehen. Das ist hier aber der Fall und deshalb muß gegen diese unberechtigte Maßnahme auf das Entschiedenste protestiert werden.

Aber eine Frage sei uns noch gestattet. Wer fällt unter den Begriff „geistiger Schwerarbeiter“, wer hat den Begriff definiert? Sind unter „geistige Schwerarbeiter“ nur solche zu verstehen, die bei Behörden beschäftigt werden? Aufklärung tut hier dringend not. Denn die Mißstimmung über diese Bevorzugung ist allgemein.

Dazu wird uns von einem Leser unseres Blattes geschrieben:

Gibt es denn keine Möglichkeit, die Allgemeinheit vor der Willkür der Herren Vorsitzenden der Provinzial-Gemüse- und Fettstelle zu schützen. Also, zentnerweise wird Vollfett-Käse in ganzen Broten an die Herren der Regierung und der Landesdirektion als „geistige Schwerarbeiter“ ausgegeben. Außerdem erhalten diese Herren dann noch den Käse von der Stadt auf ihre Marken. So etwas war noch nicht dagewesen. Für uns gewöhnliche Schwerarbeiter ist das 1 Pfund magerer Käse, der oft ganz gemein schlecht ist, gut genug. Wo bleiben da die gesetzlichen Bestimmungen, die solche Bevorzugung streng verbieten? Wo bleiben die Anordnungen des Magistrats, die stehen für die Herren von den Provinzialstellen nur auf dem Papier und wir mit unsern Kindern sind die Dummen.

Gemüse- und Obstversorgung

Der Unmut über die unverständliche Feststellung der viel zu hohen Höchstpreise durch den Vorsitzenden und den Sachverständigen der Provinzialstelle für Gemüse und Obst hat sich in Danzig derart gesteigert, daß sogar die Stadtverordneten und der Magistrat Beschwerde geführt haben. Mithinwüßiger an den ungewöhnlichen Zuständen ist Stadtverordneter Kawalki, der in der Stadtverordnetenversammlung es nicht fertig brachte, offen Farbe zu bekennen. Traurig, daß nicht genügend sachkundigen Leuten so wichtige Ämter übertragen wurden, die noch nicht einmal eine einwandfreie, klare Bekanntmachung herausbringen konnten. So töricht, wie die letzte Bekanntmachung abgefaßt war — wir erinnern nur an die Bestimmung über den Verkauf von Gurken und die Bezeichnung für Birnen-Gruppe I, deren Namen niemand kennt und der gewöhnliche Mensch gar nicht aussprechen kann —, so einseitig waren die Interessen der Erzeuger wahrgenommen. In dem lauten teuren Berlin sind die Preise bedeutend niedriger als jetzt in Danzig. Am 6. September sollen neue Preise festgelegt werden. Der einmütige scharfe Protest der gesamten Verbraucher scheint also doch eine gute Wirkung erzielt zu haben.

Sonderbarerweise werden von Herrn Kawalki, als Leiter des Danziger Großmarktes, die von ihm mitunterzeichneten Höchstpreisfestsetzungen nicht innegehalten. Der Großmarkt verkauft Obst, das bei weitem nicht zur Qualität I gehört, sondern bestenfalls zur Gruppe II gerechnet werden kann, zu den höchsten Preisen. Kann man es da den Händlern verdenken, wenn sie es auch so machen? Hoffentlich schreibt die Behörde energisch ein um auch im Großmarkt Ordnung zu schaffen.

Aber auch der Publikum müßte zur Beschäftigung greifen und nicht jeden Preis bezahlen. Wieviel sind ja die Händlerinnen sehr abhängig von den Großhändlern, die dann einfach keine Ware liefern, wenn die Händlerinnen nicht parieren. Auch sie sollten den Großhändler gegenüber energisch auftreten und hi es durch Zusammenstoß, um gemeinsamen Ware heranzuholen. Für den Großhändler bedeutet diese Zeit: Geduld; für die Befriedigung der Kundinnen zu sorgen, heißt ihnen das richtige Gefühl; nur Verdienen ist seine Lösung.

Unbekannt ist es vielen, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst folgende auch für Danzig gültige Erzeugnisse höchstpreise im „Preussischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht hat: Kürbisse 10 Pf., Sellerie mit Kraut 20 Pf., Meerrettich, wiegen 100 Stangen mindestens 60 Pfund, 40 Pf., desgl. 40 Pfund, 30 Pf., leichtere Ware 20 Pf.; rote Beeten 10 Pf., Schwarzwurzeln 40 Pf. Alles je Pfund. Darnach dürfen Kürbisse nur 15 Pf. kosten, wenn man sie auf dem Markt oder in einem Geschäft kauft. Es werden aber für Kürbisse 30, 40 auch 50 Pf. das Pfund verlangt und leider auch bezahlt.

Der Kohl drückt den Märkten den Stempel auf. Leider ist durch die unverständliche Preisfestsetzung dieses wichtige Nahrungsmittel so stark verteuert, daß es für viele nicht erreichbar ist. Das kann doch unmöglich der Zweck der Preisfestsetzung gewesen sein. Die schädliche Wirkung ist dadurch aber entstanden. Einsichtige Erzeuger erklären denn auch den Preis von 30 Pf. je Pfund für zu hoch.

Berenobst kommt fast gar nicht auf den Markt, es passiert andere Strafen, besonders trifft dies für Preiselbeeren zu.

Die verschiedensten Arten von Pilzen kann man ersehen. Gute Champignons, Stein-, Butter- und Suppenpilze konnten schon zu ansehnlichen Preisen gekauft werden.

Preisermäßigung in den Danziger Speisehöfen.

Der Magistrat hat wiederholte Anregungen nimmehr Folge gegeben und in den Speisehöfen von Montag, den 3. September, an für Familien von mindestens 5 Personen gegen Vorzeigung der Nahrungshauptkarte den Preis einer Mittags- oder Abendmahlzeit auf je 25 Pf. ermäßigt. Das ist gewiß zu begreifen. Dennoch hätten wir es lieber gesehen, wenn die Ermäßigung bereits Familien mit 3 Personen, wie in Königsberg, gewährt worden wäre.

Die Lebensmittelversorgung der Urlauber. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums wird künftig auf den Urlaubspässen der Unteroffiziere einschli. Offiziersstellvertreter und Beamtenstellvertreter sowie der Mannschaften, die am Standort innerhalb der Reichsgrenzen auf Selbstbeförderung angewiesen sind, und die Brot- und Lebensmittelkarten wie Zivilpersonen durch die Kommunalverbände erhalten, durch den Truppenteil vermerkt, auf wie lange, und zwar über den Urlaubsbeginn hinaus, sie am Standort mit Lebensmittelkarten abgeben sind. Dieser Ausweis ist bestimmt, Doppelbezüge zu verhindern und die Gemeindebehörden des Urlaubsortes in den Stand zu setzen, die Zuständigkeit zu prüfen und die Brot- und Lebensmittelkarten dementsprechend ausfertigen zu können. Unteroffizieren und Mannschaften, die aus dienstlicher oder anderer Veranlassung vorübergehend ihren Standort verlassen, ohne einen Urlaubspass zu erhalten, ist über die Versorgung mit Lebensmittelkarten durch den Truppenteil eine besondere Bescheinigung auszustellen. Bei Urlaubern, die am Standort nicht Selbstbeförderter gewesen sind, hat die Versorgung mit Eintreffen am Urlaubsort einzusetzen.

Zustandserklärung fällt unter die Höchstpreise. Um insbesondere den immer noch zahlreichen Umgehungen der Fleischhöchstpreise durch Verkauf von inländischem Fleisch unter der Kennzeichnung als Auslandsware zu höheren Preisen zu begegnen, sind namentlich auch die ausländischen Fleischarten in die bestehenden Preisbestimmungen einbezogen worden. Die Verordnung über die Preise für Fleisch und Fleischwaren ausländischer Herkunft bestimmt, daß bei Abgabe von Fleisch und Fleischwaren ausländischer Herkunft an die Verbraucher die für inländisches Fleisch und inländische Fleischwaren geltende Art geltenden Höchstpreise nicht überschritten werden dürfen. Die Preise gelten auch für Auslandsware als Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Die Vorschriften für Fleisch von Rindvieh, Ferkeln, Schafen und Schweinen, Fisch oder zubereitet, einschließl. Würstchen, Speck und Schmalz.

Zurück zum Skizzen

Die famose Gasverordnung, die ebenso viel Staub aufgewirbelt hat wie die letzten Gemüsehöchstpreise, war Gegenstand der Beiprägung in der letzten Stadtkonferenz. Versammlung ist dabei abgeblieben. Die Herren redeten wie üblich an einander vorbei und letzten Endes blieb alles beim alten. Stadtrat Künze erklärte, was man schon vorher aus den Zeitungen wußte, daß Härten beanstanden werden sollten. „Wo nicht die Möglichkeit vorliegt, in höherem Maße als bisher zu sparen, soll kein Zwang zu weiterer Einschränkung angewendet werden, freilich würde letzteres der Verbraucher der Gaspreis dafür erbracht werden.“

Das wird mancher leider nicht können. Ihm bleibt dann weiter nichts anderes übrig, als die Verordnung zu überretten und sich betrafen zu lassen, oder er muß sich „hinunterum“ anderen Bewohnern begeben oder im Dunkeln sitzen oder — zum Skizzen zurückkehren. Damit wären wir dann endlich im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter der Elektrizität, da- hin zurückgefallen, wo wir unter 15. Urgrößen verfallen haben. Gibt es denn wirklich keinen Menschen im Danziger Magistrat, der aus der Verordnung des Reichskommisars eine für Danzig annehmbare Gasverordnung zustande bringt? Das sollte man doch wohl annehmen können.

Preisermäßigung. Am 1. September d. J. ist die mit dem neuen monatlich wieder 25 Hundertstel derjenigen Menge, welche im gleichen Monat des Jahres 1916 für inländische Zwecke (Fleischwaren) verwendet wurden, zu beschaffen Zweck in den Verkehr gebracht worden. Von diesen 25 Hundertsteln werden 20 Hundertstel zum Preise von 3 Pf. für das Pfund gegen Bezugskarten, die von den Kommunalverbänden auszugeben werden, der Rest von 5 Hundertsteln zum Preise von 1,50 Pf. für das Pfund ohne Bezugskarten geliefert. Der Rest zum Preise von 3 Pf. für das Pfund ist ausschließlich zur Befriedigung des Bedarfs der mündigen Personen bestimmt. Die für die Gas-, Heiz- und Leuchtgasarbeiten benutzten und deren Elektrizität, Gas oder Leuchtgas nicht zur Verfügung steht, sowie zur Befriedigung des Bedarfs von Personen, die den Gaspreis für Zwecke der Kranken- und Schwerverwundete unentgeltlich erhalten.

Wohnungsschutz für kinderreiche Familien. In Nordhausen hat in beschränktem Umfang die Ausfuhr von Tabak aus seinen Kolonien in Ostpreußen wieder zugelassen. Und nachdem ein Abkommen über eine Kreditgewährung beim Verkauf von Tabak an deutsche Händler und Sigarrettenhersteller zustande gekommen ist, hat die Reichsregierung das Einfuhrverbot für ausländische Tabak bis auf weiteres aufgehoben. Die Kredite werden für eine Zeit von zwei Jahren gewährt; der Zinssatz ist auf 240 festgelegt. Der Einkauf deutscher Bezieher darf nur auf Grund eines von der Deutschen Tabakgesellschaft in Bremen ausgestellten Bedarfsantrages erfolgen. Es handelt sich ganz überwiegend um Javanatabak in höheren Preislagen, die nach dem Ende der Einwirkung des Krieges nur zu verhältnismäßig hohen Preisen zu beziehen sind. Auf eine Ermäßigung der gegenwärtigen Preise für Sigarren ist deshalb nicht zu rechnen.

Befreiung von Steuern. Die Gütersteuerkommission für Schuhwarenpreise hat kürzlich Beschlüsse gefaßt, die eine Befreiung der Schuhwaren herbeiführt. Bei dem Erlaß der Richtpreise für Schuhwaren waren für Schuhe drei Gruppen, I: Arbeiter-, II: Straßenschuhwert und Gruppe III: Luxus-, Schuhwert festgelegt worden. Bei Gruppe I wurden 85 Prozent, bei Gruppe II 45 Prozent und bei Gruppe III 55 Prozent zu den Bestehenden des Herstellers geschlagen. Diese Prozentsätze sollten den Gewinn des Herstellers, des Zwischenhändlers, des Kleinhändlers und die von den beiden letzten aufgewandten Vertriebskosten decken. Da durch den Mangel an Schuhwert auch jene Personen, die billiger, also Arbeiter- und Straßenschuhe zu tragen pflegten, gezwungen sind, Luxus- und Straßenschuhe zu kaufen, hat die Gütersteuerkommission für Schuhwarenpreise die höheren Zuschläge für Luxus- und Straßenschuhe und den Höchstzuschlag auch für sie auf 45 Prozent festgelegt.

Beschlagnahme von Tüll. Mit dem heutigen Tage ist eine neue Befennmachung betreffend Beschlagnahme von Tüll in Kraft getreten, deren Wortlaut im Infanterieheft der heutigen Nummer einzusehen ist.

Beschäftigung der Kriegervitwen nach dem Kriege. Die Beschäftigung der Kriegervitwen nach dem Kriege steht eine Verfügung der Versorgungs-Abteilung des Kriegsministeriums vor. Ein großer Teil der Kriegshinterbliebenen hat jetzt ein einträgliches Unterkommen in Handel und Gewerbe, bei Behörden usw. gefunden. Mit dem Frieden werden sich diese Verhältnisse ändern; besonders werden viele Kriegervitwen ihre jetzige Tätigkeit wieder aufgeben und sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen müssen. Die amtlichen Fürsorgestellen sollen sich schon jetzt über die Tätigkeit der Kriegervitwen unterrichten und rechtzeitig Vorsorge treffen, daß diese nach Möglichkeit vorzugsweise in solchen Stellen beschäftigt werden, in denen sie auch nach Friedensschluß weiter verbleiben können. Natürlich dürfen deshalb nicht die Kriegsveteranen benachteiligt werden.

Wohnungsschutz für kinderreiche Familien. In Nordhausen hat die städtische Sparkasse angekündigt, daß sie allen Hausbesitzern die entliehenen Kapitale entziehen oder nur zu einem wesentlich höheren Zinssatz belassen werde, wenn diese ohne triftige Gründe kinderreichen Familien die Wohnungen kündigen oder sich weigern sollten, solche in ihr Haus aufzunehmen. Der Kampf gegen kinderfeindliche Hausbesitzer und namentlich auch Mieter kann nicht scharf genug geführt werden. Uebrigens pflegen die Sprößlinge kinderreicher Familien in der Regel wählerhafter zu sein als verhältnismäßig Einzelkinder.

Lohnzahlung bei Krankheit. Ueber die Fortzahlung der Vertragsvergütung oder der des Tagelohns im Krankheitsfall hat das Kriegsamt neuerdings Bestimmungen getroffen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch besteht bei Krankheit Anspruch auf Fortzahlung der Vergütung unter Anrechnung des Krankengeldes. Als „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ hat im allgemeinen bei den gegen Monats- oder Wochenvergütung vertraglich beschäftigten Personen eine Zeit von 14 Tagen zu gelten. Das gleiche gilt während der Dauer des Krieges für die bei den technischen Instituten beschäftigten Personen, die der Arbeitsordnung unterstehen und für deren Berufssetzung Annahmehinrichtungen vorgezeichnet sind. Bei längerer Krankheit findet eine Weiterzahlung der Vergütung oder des Lohnes über den Zeitraum von 14 Tagen hinaus nicht statt. Ob in diesen Fällen von dem vereinbarten Kündigungsrecht Gebrauch zu machen ist oder nicht, bleibt der beschäftigten Dienststelle überlassen. Bei allen auf Grund von Arbeitsordnungen gegen Tagelohn Beschäftigten hat eine Weiterzahlung des Lohnes bei Krankheiten mit Erwerbsunfähigkeit nicht Platzzufinden.

Bestimmungen über postlagernde Sendungen. Eine neue Postordnung wird am 1. Oktober eingeführt. Von den Neuerungen werden am meisten die postlagernden Sendungen betroffen. Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, müssen bei der Abholung postlagernder Sendungen auf Verlangen glaubhaft nachweisen, daß ihre Eltern, Erziehungsberechtigten, Lehr- oder Vorgesetzten mit der Abholung einverstanden sind. Diese Vorschrift tritt aber erst in Kraft, wenn die für den Kriegszustand erlassenen Sondervorschriften über postlagernde Sendungen die Gültigkeit verlieren. Zur Ausführung wird bestimmt, daß die Berechtigung zur Abholung durch eine mündliche oder schriftliche Erklärung nachgewiesen wird. Der Beamte kann bei Zweifel die Beibringung eines Ausweises über das Alter beantragen. Die Aufbewahrungspflicht für postlagernde Sendungen wird auf 14 Tage verkürzt. Abgehende Posten werden bei der Befehl-Postanstalt, Befehls bei dem Paket-Befehlamt ausgehändigt. Postlagernde Sendungen am See- und an Bahnhöfen werden 1 Monat lang aufbewahrt.

Aus Westpreußen

Zoppot. Beim Fleischhamster. Mit innerer Befriedigung konnten wir vor ein paar Tagen beobachten, wie aus einigen kleinen Restaurants in Zoppot Fleisch und Fleischwaren auf großen Wagen verladen und fortgebracht wurden. Die Kantanten waren Revisionenbeamte, die auftragsgemäß einige Restaurants einen unerbetenen Besuch abstatteten und diese defizitären Sachen in Küche und Keller entdeckten und beschlagnahmten. Damit ist der Beweis für die Richtigkeit der von uns in einer der letzten Nummern der „Volkswacht“ veröffentlichten Notiz erbracht. Man kann nicht nur in Berlin und im Wernigerode an „verbotenen Früchten sich laben“, sondern auch in Zoppot. Umsonst hat man an einer gewissen Parade keine „Bauerplätzen“ angebracht.

Marienburg. Arbeitscheue Kriegervitwen. Unter dieser Spitzmarke bringt die „Danziger Zeitung“ in ihrer Nr. 402 diese Notiz:

Arbeitscheue Kriegervitwen. Der Marienburger Landrat, Geh. Regierungsrat Hagemann, weist in einer Befennmachung darauf hin, daß mehrfach arbeitscheue Personen, darunter auch Kriegervitwen, grundsätzlich die Arbeit verweigern. Zur Bergung der neuen Ernte hat die Hilfe jeder Arbeitskraft für Kriegervitwen, die sich durch ein derartiges Verhalten der ihnen gemäßen Unterbringung unwürdig zeigen, soll die Familienunterstützung ohne weiteres entzogen werden.

Arbeitscheue Kriegervitwen. Wir wissen nicht, ob diese verärgerte Bezeichnung von Kriegervitwen in der amtlichen

Befennmachung der Marienburger Landrats enthalten ist. Jedenfalls muß sie aufs schärfste zurückgewiesen werden. Wir können uns keine arbeitscheue Kriegervitwen denken. Wenn irgendwo Kriegervitwen Arbeit verweigern, so werden dazu sicherlich gute Gründe vorliegen. Denn ohne sie wird keine Kriegervitwen sich weigern, ihr ausgenutzte Arbeit anzunehmen. Auch dürfte sehr oft schlechte Bezahlung zur Arbeitsverweigerung Veranlassung geben. Man sollte vor allen Dingen für einen anständigen Lohn sorgen, dann werden solche Befennmachungen unnötig werden. Arbeiterkriegervitwen kennen den Begriff arbeitscheue nicht. Man gebe ihnen einen angemessenen Lohn, lange im gegebenen Falle für die Beaufsichtigung kleiner Kinder, und jede Frau eines Arbeiterkriegers wird mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, sich zu der mageren Kriegsunterstützung, einen Nebenverdienst zu verschaffen. Arbeitscheue Kriegervitwen, wie die „Danziger Zeitung“ sich ausdrückt, beliebt, gibt es unter Arbeiterfrauen nicht. Sankt werden die Kriegervitwen, die jetzt zu Millionen Arbeiten der Männer verrichten, in allen möglichen Tönen gelobt und gefeiert und ausgerechnet in Ostpreußen nennt man sie ganz allgemein arbeitscheu, ohne auch nur einen konkreten Fall von unbegründeter Arbeitsverweigerung zu nennen. Gehört das etwa zur ostpreussischen Neuorientierung?

Thorn. Wegen Konterbande verurteilte die Thorer Strafkammer den Kaufmann Josef Borus aus Briesen zu 6000 Mk. Geldstrafe, ersatzweise zu einem Jahr Gefängnis, sowie zur Erstattung des Wertes in Höhe von 2000 Mk. Borus tat bei einer militärischen Kraftwagenabteilung am floß Dienst und schmuggelte große Mengen Schwaren und sonstige Lebensmittel über die Grenze und verkaufte sie an polnische Händler weiter.

Aus der Partei

Parteienoffen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr,

nach dem Guttenbergparken in Würzburg, Bismarckstraße 2, ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines (Berichterstatter Fr. Eberl).
 - b) Kaffe (Berichterstatter D. Braun).
2. Bericht der Kontrollkommission (Berichterstatter F. Brühn).
3. Bericht der Reichstagsfraktion (Berichterstatter Dr. Danneberg).
4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Berichterstatter Th. Scheidemann).
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteienoffen! Wir fordern Euch auf, die Arbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteigenossen müssen spätestens am 22. September im Besitz des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden; Adresse: Fr. Endres, Arbeiterzeitung, Würzburg, Sammelstraße 46. Die Mandatsformulare werden rechtzeitig durch uns verschickt.

Berlin, 25. August 1917.

Der Parteivorstand.

Soziales

Das Neugeschäft der Volksfürsorge.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg dem wirtschaftlichen Leben unseres Landes gebracht hat, hat die Volksfürsorge mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Rechnungsführer und Vertrauensleute ihre Tätigkeit fortgesetzt und erfreulicherweise auch eine intensive Fortentwicklung zu verzeichnen gehabt. In dem Jahre vor Ausbruch des Krieges (Juli 1913 bis 1. August 1914) waren 168 500 Anträge eingegangen. Bei Kriegsausbruch und der damit verbundenen Störung der Organisation durch militärische Einberufung zahlreicher Rechnungsführer und Vertrauensmänner kam das Neugeschäft alsbald ins Stocken; es konnten von 1. August bis 31. Dezember 1914 nur noch 4152 Versicherungsanträge eingebracht werden. Schon im Jahre 1915 liegt die Zahl der Neuanträge auf 10 560, und im Jahre 1916 war die Organisation wieder soweit in Ordnung gebracht, daß 23 494 Neuanträge erzielt werden konnten. Dieser Erfolg der Werksarbeit ist nicht zuletzt der erzieherischen Tätigkeit zuzuschreiben, daß in vielen Orten die Väter ••• einübernehmen mühtigen Vertrauenspersonen durch eifrige, intelligente Frauen ausgefüllt wurden, die sich besonders um die zuverlässige Erledigung des Erwerbsminderzuges verdient machten. Auch in der bisher abgelaufenen sieben Monaten des Jahres 1917 ist eine erhebliche Steigerung des Neugeschäfts zu verzeichnen. Es waren am 31. Juli schon 20 500 Neuanträge zur Bearbeitung gekommen, so daß in diesem Jahre die Volksfürsorge eine Antragsproduktion zu verzeichnen haben wird, um die sie manche alte Versicherungsorganisation gleich beneiden wird. Es sind schon in der nunmehr abgelaufenen dreijährigen Kriegperiode im ganzen 58 504 Neuanträge eingebracht worden. Die Versicherungssumme der im ersten Jahre des Bestandes der Gesellschaft (1. Juli 1913 bis 31. Juli 1914) abgeschlossenen Versicherungen betrug 31 531 186 Mark, für die seit Ausbruch des Krieges hinzugekommenen 58 504 Versicherungen ist eine Versicherungssumme von 12 587 144 Mark abgeschlossen worden.

Humor und Satire

— Der Auslandsfische. Ein Kunde kommt in ein Milchgeschäft und fragt einen kleinen Jungen hinter dem Ladentisch: „Sag mir, wo ist denn dein Vater?“ „Vater ist im Keller und macht Milch-lambafische.“

Literatur

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 17 des neunten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Strebe zum Ganzen! — Die Reichs- und hunderttausend Jahren. Von Kurt Bising. — Wie die Weltkriege werden sollte. Von N. N. — Waldheime für Arbeiterkinder. Von Ernst Wenig. — Stern der Jugend! Von Hans Lang. — Die weitere Durchführung des Jugendhilfsprojektes von 1887. Von R. Wiffel. — Die Wölfe. Von Karl Böger. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Im Morgenrot. Gedicht von Johannes Schönberr.

als die ...

Lagesordnung: Die ...

Ob die ...

Herr ...

Die Reichskanzlei ...

Hiernach stellt die ...

Odenburg-Januschau an Waldow

Herr von Odenburg ...

Herr von Batodi ...

Der große Rittergutsbesitzer ...

Was mir ...

Mehr als ...

Die altdeutschen ...

Konservative ...

Wenn er ...

Nach dieser ...

Der ...

Ein ...

Wiedereinziehung ...

Regierungslente ...

Des ...

Rußland ...

Scheidse ...

Der ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Schweden ...

Der ...

England ...

Englische ...

Englische ...

Frankreich ...

Frankreich ...

Frankreich ...

Kriegswirtschaft ...

Handelstac ...

Die ...

Die ...

der geschwundenen Beschäftigung auf die Beschäftigten von vier Monaten. Das soll also der Damm des Winterlandes für keine Winter sein? Wenn sie endlich genug gebüht und geübt haben, sagt man ihnen: lacht auch eine geordnete Beschäftigung! Und wenn sie bei dem Stande der Wirtschaft nicht können, behält man sie einfach weiter in der Kaserne bei 33 Pfennig Lohnung im Tag. Wir wissen uns eins mit der Gesamtheit der Kriegsteilnehmer, wenn wir erklären, daß diese Zusammengehörigkeit unerschütterlich und jedes Verständnis der Handlungen dafür vermissen läßt, was Deutschland den Kriegsteilnehmern und was es den Kriegsgewinnern schuldig ist.

Der Handeltstag erklärte es dann für eine Ehrenpflicht der Kaufleute und Industrieunternehmer, ihre Arbeiter und Angestellten nicht zu beschuldigen, legt über jeden gefährlichen Zwang zur Wiedereinstellung ab. Ehrenpflicht des Handels wäre es auch gewesen, die Bevölkerung während des Krieges mit notwendigen Waren zu versorgen. Insofern ist so gewundert worden, daß der Staat zu den strengsten Maßnahmen greifen mußte. Unter diesen Umständen wird man darauf verächtlich können, das grausame Experiment mit der „Ehrenpflicht“ der Wiedereinstellung heeresmüderer Kriegsteilnehmer zu machen. Sie haben einfach Anspruch auf ihren alten Arbeitsplatz, abgesehen von den Fällen der Unmöglichkeit, für deren Vorliegen der Unternehmer den Beweis zu führen hätte.

Der Handeltstag hat sich ferner gegen das Fortbleiben der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und der Schlichtungsgesellschaften nach dem Krieg ausgesprochen, wie sie zum Vorkommen gekommen sind. Glaubt man wirklich nach dem Krieg eine schwere Erschütterung des deutschen Wirtschaftslagens durch den Versuch zur Wiedereinstellung der unbeschäftigten Industrieunternehmer machen zu können? Wenn kein Einverständnis über den Fortgang der Arbeit des Wiedereinstellens liegt, dann mag er dafür sorgen, daß die Einrichtungen bestehen bleiben, welche den Arbeitern eine Vertretung ihrer Ansprüche auf dem Verhandlungswege ermöglichen.

Endlich hat der deutsche Handeltstag sich gegen Arbeiter- und Angestellten-Kammern ausgesprochen. Inwiefern er selbst beansprucht, als rechtmäßige und gesetzlich berufene Vertretung der Handelsberufe zu sprechen, verweigert er den Handelsangehörigen wie den Angestellten und Arbeitern überhaupt das Recht auf jede gesetzlich geordnete Vertretung gegenüber der Regierung und der Öffentlichkeit. Das ist allerdings ein ganz ungewöhnlich trauriger Ausdruck des Dünkels und der Selbstüberhebung.

Man kann zu den Beschlüssen des Handeltstages nur das eine sagen, daß ihre Urheber offenbar aus dem Krieg nicht das Mindeste gelernt haben und noch immer glauben, mit rechtlicher Vertretung von Kapitalisteninteressen Eindeutigkeit machen zu können. Hätte unsere Regierung aus dem Krieg nicht mehr gelernt, so würde Deutschland nach dem Beschluß des feindlichen Angriffs einer Katastrophe entgegengehen.

200 Zentner Reis beschlagnahmt. Der Reichspolizeikommissar von Marienfelde bei Berlin ist es gelungen, einen umfangreichen Reizen- und Schleichhandel in Reis aufzuspüren zu kommen. Sie ermittelte, daß bei zwei Kuffläufern, deren einer in Marienfelde wohnt, 200 Zentner Reis unter falscher Bescheinigung eintreffen sollten. Die Händler beabsichtigten, den mit 8 Mark für das Pfund abzuleihen. Einem Polizeimachthaber in Marienfelde gelang es, den Reis abzufassen und beide Kuffläufer zu verhaften. Wäher diese den großen Porten Reis bezogen, steht noch nicht fest. Die 200 Zentner Reis wurden vorläufig bei Marienfelder Gemeindevorwaltung untergebracht, bis die zünftige Stelle über ihre Verwendung entscheidet.

Beschlagnahme des Obstes in Gotha. Das Ministerium beschlagnahmt die gesamte Obst- und Gemüseerzeugung für die Machteleberzeugung abgeschlossene und öffentliche Verkäufe wurden für ungültig erklärt.

Wird eine Beschlagnahme.

Verantwortlicher Redakteur J. Gebl, Danzig.
Königliche Postamt 3. St. u. G., Danzig.
Druck Königsberger Zeitungsdruck, G. m. b. H., Königsberg 1.

Wintergarten

Ottenser Tor 10
Telephon 1825 Dr. Arthur Lewinsohn Telephon 1825

Sonntag, d. 2. September: Das glänzende
September-Programm.

2 große Vorstellungen 2

3 Uhr bei ganz kleinen Preisen | 7 Uhr zu täglich. Kassenspreisen

Ella Preuss Vortragsgängerin in ihrem zeitgemässen Original-Repertoire	Farfalla Fantasie- Verwandlungs- Tänzerin
Marie Peroni und Partner Neu eine Revue!!! Das Phänomenale der Gleichgewichts- kunst	Wolpert und Walker Kopf-Akrobaten auf der Treppe
Richard Heinemann Komiker	Hanny Garden Hervorragendste Künstlerin am Trapez und Seil
Hilla und Bert in ihren akrobatischen Neuheiten	?

Eiko-Woche

Montag, d. 3. Septemb. **Große Vorstellung**
und folgende Tage:

Vorverkauf im Kaufhaus Gebr. Freymann,
Kohlenmarkt, und im Theaterbureau

Nur noch wenige Tage! Danzig, Heumarkt!

Zirkus Wilke

— Telephon 2656 —

Sonnabend den 1. September und Sonntag den 2. September:

2 Sensationelle Vorstellungen 2

nachm. 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.

Neues abwechselndes Programm!

In allen Vorstellungen ungekürztes Programm. Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise. — Billige Eintrittspreise!

Vorverkauf: Zigarrenhaus Gebr. Wetzel, Langgasse Nr. 42. — Telephon Nr. 601. —

Flansez-Theater

im Bildungs-Vereins-Haus, Hintertgasse 16

Eröffnung

Sonnabend den 1. September, 7 1/2 Uhr.

Täglich

Erstklassige Varietè- u. theatral. Darbietungen.

Direkt-Vorbestellungen ab Freitag den 31. August im Bildungs-Vereins-Haus und beim Portier Hotel Norddeutscher Hof.

Alles Nähere weitere Annoncen und Plakate.

Zeitung Fremdwörter

und politische Schlagwörter

verfaßt und herausgegeben von Adolf Braun

Preis 30 P.

Ein Taschenbüchlein das jeden Tag einen neuen Schlagwort enthält

Buchhdlg. Volkswacht
Paradiesgasse 32

Bekanntmachung.

Nr. W. M. I. 441/8. 17 KRA. Kst. Id. Nr. 8036

Zur Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Gesetz vom 11. Dezember 1915 (RGBl. S. 813) werden hiermit alle vorhandenen und nach Eintritt der Beschlagnahme noch eingehenden Bestände an

Baumwoll-, Seiden- und Kunstseiden-Tüllen

von mehr als 4 Faden auf den Zentimeter, mit Ausnahme der beständig und gemischten, sowie der Tülle in Schwarz, beschlagnahmt.

Alle vorhandenen Bestände sind sofort, später eingehende Tülle nach Eingang des Beschlagnahmebelegs der Kriegsvollzugsabteilung, Berlin SW. 48, Post. 1011, unter Bezugnahme auf Nr. W. M. I. 441/8. 17 KRA, einschließlich unserer Kopie der Mengen nach Breite, Qualitäten und Farben zu melden und Hauptamt der Weidung bereitzustellen. Mengen unter 100 qm für jede Qualität müssen beschlagnahmefähig. Ferner ist gemäß der Bekanntmachung über Anstaltspflicht vom 12. Juli 1917 (RGBl. S. 604) anzugeben, an welche Firmen seit dem 1. April 1917 insgesamt mehr als 50 kg Tülle der bezeichneten Art veräußert sind.

Die Befristung bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehnmalig Reich nach befristet, wer den in der obigen Bekanntmachung enthaltenen Ausführungsbestimmungen nachzukommen. RGBl. 1917 S. 378 S. 61.

Danzig, Graubenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 26. August 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graubenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

De Ed David Mar:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat Seneca & nach David in einer vor dem Reichsgericht in Danzig gehaltenen Gerichtsverhandlung im Jahre 1917 gestellt. Die Schuldfrage ist im Jahre 1917 gestellt. Die Schuldfrage ist im Jahre 1917 gestellt.

Bekanntmachung.

Nr. H. II. 923/6. 17 KRA. Kst. Id. Nr. 342

Eine neue Bekanntmachung H. II. 923/6. 17 KRA. betreffend

Bestandserhebung von Grubenholz

tritt am 1. September 1917 in Kraft

Die Bekanntmachung ist in vollem Wortlaut in den Regierungsbörsen und in Kreisblättern, sowie durch Anschläge bekannt gemacht worden.

Danzig, Graubenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 1. September 1917.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graubenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Bekanntmachung.

Das durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 31. Juli 1917 errichtete städtische Einigungsamt tritt am 1. September 1917 in Tätigkeit. Von da ab sind alle Ründigungen und Wiedereinstellungen betreffenden Anträge an das städtische Einigungsamt zu richten.

Die noch schwebenden Sachen werden von der Kommandantur dorthin abgegeben.

Danzig, den 30. August 1917.

Königliche Kommandantur.

Bekanntmachung.

Hilfsbereite Männer von guter Führung und zwar:

1. Zivildienstpflichtige.
2. Nicht mehr meldepflichtige Wehrpflichtige mit der Entscheidung „dauernd unbrauchbar“.
3. Wehrpflichtige, welche die Entscheidung haben:
 - a) dauernd arbeitsverwendungsfähig in der Etappe oder der Heimat,
 - b) dauernd garnisonverwendungsfähig in der Etappe oder der Heimat,

welche bereit sind, der freiwilligen Krankenpflege ihre Kräfte widmen und in der Heimat Dienst zu tun, können sich wertvoll in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr im Oberpräsidium, Neugarten 12, Zimmer 91, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere und eines amtlichen Führungszeugnisses melden. Die Ausbildung dauert 3 Wochen während dieser Zeit wird Wohnung und Verpflegung gewährt. Der Etappe erhalten die Krankenpfleger neben freier Wohnung eine Verpflegung 23,40 Mark monatliche Wohnung und im Falle der Erkrankung freie ärztliche Behandlung. Bei Beurlaubungen zur Heimat wird ebenfalls die Wohnung und das Verpflegungsgeld für die gesamte Urlaubszeit gezahlt. Personen, die als Facharbeiter in Kriegswirtschaftlichen Betrieben tätig sind, können nicht aufgenommen werden.

Der Territorialdelegierte
der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
Oberpräsident von Jagow.

Schnupftabak

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik.

Danzig, 64c Hintergasse 5 u. 2, Driehöfegasse 5, Fernspr. 2428

Motoren- und Vorrichtungen Klempner

— tüchtige geschulte Leute —
suchen zum sofortigen Eintritt

Ostdeutsche Albatroswerke

Abteilung R.-Zug, Schneidemühl.

Arbeiterfrauen

„Volkswacht“

Trauer-Goldstein

Blusen Handschuhe zu billigen Preisen

Julius Goldstein

Landsberggasse 4, gegenüber der Markthalle